

Noll, Bernd

Research Report

21. Juni 1948 - Startschuss mit Folgen

Beiträge der Hochschule Pforzheim, No. 169

Provided in Cooperation with:

Hochschule Pforzheim

Suggested Citation: Noll, Bernd (2018) : 21. Juni 1948 - Startschuss mit Folgen, Beiträge der Hochschule Pforzheim, No. 169, Hochschule Pforzheim, Pforzheim, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:951-opus-212>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/191016>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

BEITRÄGE DER HOCHSCHULE PFORZHEIM

Bernd Noll
21. Juni 1948 – Startschuss mit Folgen

Herausgeber: Prof. Dr. Thomas Hensel, Prof. Dr. Norbert Jost,
Prof. Dr. Thomas Cleff, Prof. Dr. Roland Scherr,
Prof. Dr. Christa Wehner, Prof. Dr. Hanno Beck
(geschäftsführend; hanno.beck@hs-pforzheim.de)

Sekretariat: N.N.

Hochschule Pforzheim

Tiefenbronner Str. 65

75175 Pforzheim

E-Mail: beitraege.hochschule@hs-pforzheim.de

Ausgabe: **November 2018**
ISSN 0946-3755

Bernd Noll

1948 – Startschuss mit Folgen

Prof. Dr. Bernd Noll
Tiefenbronner Straße 65
Hochschule Pforzheim
75175 Pforzheim
Bernd.Noll@hs-pforzheim.de

Prof. Dr. Bernd Noll ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsethik an der Hochschule Pforzheim.

Inhaltsverzeichnis

1. VORBEMERKUNG.....	1
2. WARUM BEDURFTE ES ÜBERHAUPT EINES STARTSCHUSSES?	3
2.1. DAS DRITTE REICH: ARBEITSBESCHAFFUNGSPOLITIK, AUFRÜSTUNG, KRIEGSFINANZIERUNG UND STAATSVerschuldung	3
2.2. DEUTSCHLAND – OBJEKT ALLIIERTER POLITIK.....	5
3. WIE GESTALTETE SICH DER STARTSCHUSS?.....	7
3.1. WÄHRUNGSREFORM – EIN PROJEKT DER ALLIIERTEN	7
3.2. ABSCHAFFUNG DER BEWIRTSCHAFTUNG: DIE TAT LUDWIG ERHARDS.....	8
3.3. DER MARSHALL-PLAN – MEHR ALS EIN WIEDERAUFBAUPROGRAMM	10
4. WAS WAREN DIE FOLGEN DES STARTSCHUSSES?.....	10
5. WIE SIND DER STARTSCHUSS UND SEINE FOLGEN ZU BEWERTEN?.....	13
6. EIN BLICK ZURÜCK: 70 JAHRE „SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT“	16

Vorwort

Der Beitrag basiert auf einen Vortrag, den der Verfasser am 21.6.2018 auf der Tagung „70 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Aktuelle Herausforderungen und Perspektiven“ in der Akademie Franz Hitze Haus in Münster gehalten hat. Der Verfasser dankt den Teilnehmern der Tagung für kluge und nützliche Kommentare.

Pforzheim, im November 2018

Bernd Noll

1. Vorbemerkung

Der 21. Juni 1948 steht für die Währungsreform im westlichen Teil Nachkriegsdeutschlands.¹ Damals gab es noch keine Bundesrepublik, und die Sowjetisch besetzte Zone wurde nicht einbezogen. Es war auch keine Reform deutscher Politiker oder Behörden, sondern eine Aktion, die maßgeblich auf Entscheidung und unter Federführung der amerikanischen Besatzungsmacht erfolgte. Warum also an diesem Ereignis anknüpfen bei einer Tagung zum Thema „70 Jahre Soziale Marktwirtschaft“?

Nun, es soll gezeigt werden, dass dies eine Reform von erheblicher **wirtschaftspolitischer Bedeutung** für die Etablierung einer marktwirtschaftlichen Ordnung war. Es war aber mehr als das! Es war für viele Zeitgenossen ein Tag mit großer symbolischer Wirkung und hoher psychologischer Wirkmächtigkeit. Der 21. Juni 1948 wurde von der Bevölkerung als entscheidender Tag des **Neubeginns** wahrgenommen, nicht – wie man meinen könnte – der Tag der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 und auch nicht die Konstituierung des Bundestags am 7. September 1949. Die Währungsreform war schließlich auch aus Sicht der **Siegermächte** des 2. Weltkrieges ein wichtiger Schritt. Die UdSSR antwortete mit der Blockade Westberlins, wo die neue DM ebenfalls eingeführt worden war. Die Währungsreform griff also über das Geschehen in Deutschland hinaus, denn sie vertiefte die Spaltung zwischen Ost und West,² war damit zugleich ein wichtiger Baustein für die sich etablierende westliche Nachkriegsordnung.

Worauf basiert diese Einschätzung? Bevor dies näher ausgeführt wird, soll angesichts der Seminarteilnehmenden die Weite des Themas einige Eingrenzungen gemacht werden. Im Vordergrund der Ausführungen werden v.a. die **realgeschichtlichen**, nicht die **ideengeschichtlichen** Entwicklungen stehen. Es soll hier auch keine überquellende Ereignisgeschichte geliefert werden, sondern die grundlegenden **Strukturen** sollen verdeutlicht werden.³ Es wird also versucht, das historische Bild der Nachkriegszeit zu konturieren, in dem die Prinzipien der „Sozialen Marktwirtschaft“ Relevanz erlangten. Zudem soll der Zeitraum begrenzt werden. Das Hauptaugenmerk wird auf den Zeitraum von 1948 bis 1973 gelenkt; man hat diesen Zeitraum auch als die „**Goldenen Jahre**“ bezeichnet.⁴ Es ist eine Phase starken und stetigen Wirtschaftswachstums, wenn man von einer kurzen und leichten Rezession im Jahre 1967 einmal absieht. Anfang der 70er Jahre änderten sich dann aber nicht nur die realwirtschaftlichen Bedingungen der Bundesrepublik, man wird auch die Frage stellen müssen, ob die Wirtschaftspolitik damals noch dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft folgte. Schließlich wird sich die Darstellung auf die Situation und Entwicklung in den drei **westlichen Besatzungszonen** und der alten Bundesrepublik beschränken. Die Entwicklung in der Sowjetisch besetzten Zone und der DDR nahm einen völlig anderen Verlauf und folgte konträren Imperativen.

¹ Oder war es der 20. Juni. So E. Helmstädter, 1989, S. 241.

² Die Währungsreform in Westdeutschland wurde von der Sowjetunion als Anlass genommen, eine Blockade aller Land- und Wasserstraßen nach Berlin in Gang zu setzen. In der Berlinblockade wird teilweise der endgültige Bruch zwischen Ost und West gesehen, so bspw. von M. Schramm, 2018, S. 38.

³ R. Walter, 1995, S. 63.

⁴ M. Spoerer / J. Streb, 2013, S. 219; H. W. Niemann, 2009, S. 108.

Die Metapher vom „**Startschuss**“ soll beibehalten werden und **4 Leitfragen** untersucht werden:

- **Warum bedurfte es überhaupt eines Startschusses?** Hier geht es um die Ausgangsbedingungen Deutschlands in der zweiten Hälfte der 40er Jahre.
- **Wie gestaltete sich der Startschuss?** Welche Weichen wurden gestellt, um eine tragfähige Nachkriegsordnung zu etablieren?
- **Welche Folgen hatte der Startschuss?** Woran lässt sich der Erfolg des Neustarts ablesen? Dazu werde 4 wichtige Indikatoren angeboten.
- Schließlich: **Wie ist der Startschuss heute einzuordnen?** Wie beurteilen wir die ordnungspolitischen Reformen heute, mit dem distanzierteren Auge des historischen Betrachters?

2. Warum bedurfte es überhaupt eines Startschusses?

Hier soll auf **2 komplementäre Themenkreise** eingegangen werden.

- Zum einen wird nur durch einen Blick auf die **Wirtschaftsgeschichte des Dritten Reiches**, auf dessen beispiellose Aufrüstung und deren Finanzierung über staatliche Verschuldung deutlich, warum es einer Währungsreform bedurfte.
- Zudem ist ein Blick auf die **europäischen und weltgeschichtlichen Veränderungen** in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts notwendig. Nur aus ihnen heraus wird verständlich, warum die Währungsreform keine deutsche Angelegenheit sein konnte.

2.1. Das Dritte Reich: Arbeitsbeschaffungspolitik, Aufrüstung, Kriegsfinanzierung und Staatsverschuldung

(1) Hitlers Politik war es innerhalb weniger Jahre gelungen, mit einer groß angelegten **Arbeitsbeschaffungspolitik** die Massenarbeitslosigkeit, die zu Beginn der 30er Jahre geherrscht hatte, zu beseitigen. Ob die Talsohle der Depression bereits vor der Machtergreifung durchschritten und erste Anzeichen eines Aufschwungs sichtbar waren, mag hier dahinstehen. Entscheidend ist: Waren im Januar 1933 ca. 6 Mio. Arbeitslose registriert, wurde im Jahre 1936 in Deutschland faktisch Vollbeschäftigung erzielt. Dieser Erfolg wurde dem Hitler-Regime zugerechnet, dass damit auf dem zentralen Gebiet der **Beschäftigungspolitik** Kompetenz und politische Wirksamkeit für sich verbuchen konnte, ein Erfolg, der den demokratisch verfassten westlichen Ländern so nicht beschieden war. Zentrale Lehre aus der Weltwirtschaftskrise für fast alle wirtschaftspolitischen Lager war es daher, ein **Primat der Politik** über die Wirtschaft anzuerkennen.⁵

(2) Die Arbeitsbeschaffungspolitik stand bereits seit 1934 unter **rüstungspolitischen Vorzeichen**. Diesem Anliegen förderlich war, dass Deutschland schon seit der Jahrhundertwende eine durch Kartellierung und Konzernierung **hochkonzentrierte deutsche Wirtschaft** besaß.⁶ Diese hat es dem nationalsozialistischen Regime leicht gemacht, das Wirtschaftspotential für militärischen Interessen zu nutzen. *Franz Böhm* hat das treffend beschrieben: „Niemals hätte dieser gewaltige, straff durchorganisierte Lenkungsapparat in so kurzer Zeit geschaffen und in Funktion gesetzt werden können, wenn

⁵ W. Abelshauser, 2001, S. 128 ff.; F. Blaich, 1990, S. 115 f.

⁶ Eingehend dazu C. Buchheim, 1997, S. 96 ff.

nicht in der privatbürokratischen Organisation der Kartelle und Konzerne das Personal, die Statistiken, die Mitgliederlisten und der organisatorische Disziplinmechanismus bereitgestellt gewesen wäre.“⁷ Hitler konnte mit einem hochkonzentrierten, autoritär gelenkten Industriekomplex ein gigantisches **Aufrüstungsprogramm** in die Wege leiten. 1933 betrugen die Militärausgaben am Volkseinkommen noch etwa 4%, 1938 belief sich das Verhältnis von Militärausgaben zum Volkseinkommen auf 20%.⁸

(3) Die deutsche Rüstungs- und Kriegsfinanzierung basierte auf folgenden **Pfeilern**, die das Ausmaß der Geldentwertung lange Zeit geschickt verschleierten:

- Das Dritte Reich finanzierte den Krieg v.a. auf dreierlei Weise: Neben **Kriegskontributionen** und den **Besatzungskosten** unterworfenen Völker praktizierte man staatliche Verschuldung. Ein erheblicher Teil des Kreditbedarfes wurde über Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen beim Bankenapparat finanziert. Das waren kurzfristige Kredittitel, die zum Rediskont zugelassen oder lombardfähig waren. Diese Wertpapiere konnten also jederzeit bei der Reichsbank in Zentralbankgeld umgetauscht werden. Die Finanzierung des Krieges erfolgte also zu einem erheblichen Teil über die „**Ingangsetzung der Notenpresse**“.⁹ Daneben verschuldete sich das Dritte Reich mittel- und langfristig bei Banken, Sparkassen und Versicherungen. Dadurch wurde der einzelne Sparer oder Versicherte unwissentlich zum Kreditgeber des Staates. Er glaubte, reale Werte anzuhäufeln, zeichnete aber faktisch „Kriegsanleihen“. Dieses System hat man als **geräuschlose Kriegsfinanzierung** bezeichnet, denn Hitler wollte eine „finanzielle und ökonomische Volksabstimmung“ vermeiden.
- Geräuschlos, d.h. für den Normalverbraucher nicht offensichtlich, war diese Art der Kriegsfinanzierung dadurch, dass es seit 1936 einen **Preisstopp** und seit 1938 einen **Lohnstopp** gab.¹⁰ Preise und Löhne wurden unter Androhung von Zwangsmitteln staatlich festgeschrieben. Mit Beginn des Krieges gab es dann zunehmend **Rationierungen**, die in Lebensmittelkarten, Bezugsscheinen und Produktionsauflagen für die Unternehmen sichtbar wurden. Die Marktwirtschaft war also seit Ende der 30er Jahre mehr und mehr in ein zentralverwaltungswirtschaftliches System verwandelt worden. Der Staat zog mit Hilfe der Staatsverschuldung zusätzliche Ressourcen an sich, private Investitions- und Konsumnachfrage wurden zurückgedrängt. Damit mussten zwangsläufig mehr Ersparnisse anfallen, da private Haushalte von ihrer Kaufkraft praktisch keinen Gebrauch machen konnten. Das galt insbesondere für die privaten Haushalte, da Güter vermehrt zugeteilt wurden. Das galt aber z.T. auch für die Unternehmen, da die Gewinne weder ausgeschüttet noch reinvestiert werden durften. Mithin boten Geld- und Kapitalmarkt hinreichend Liquidität für die Finanzbedürfnisse des Dritten Reiches.
- Für weitsichtige Kapitalbesitzer hätte diese Entwicklung Anlass sein mögen, überschüssige Finanzmittel ins **Ausland** zu **transferieren**. Dies hätte dann zu Abwertungstendenzen der Reichs-

⁷ F. Böhm, zitiert nach B. Noll, 1986, S.108.

⁸ E. Helmstädter, 1989, S. 243.

⁹ Die Notenbank war in diesen Jahren schon nicht mehr unabhängig. Das Reichsbankdirektorium war 1937 der Reichsregierung unterstellt worden. Auch das Reichsbankgesetz war 1939 geändert worden, so dass es fortan keine Gold- und Devisendeckungsregeln mehr gab.

¹⁰ E. Helmstädter, 1989, S. 244.

mark geführt und das inflationäre Vorgehen des Reiches offenkundig gemacht. Doch grenzüberschreitende Finanztransaktionen wurden durch eine **Devisenzwangswirtschaft** verhindert. Weder Kapitalexport noch Güterimport durch Private waren ohne staatliche Mitwirkung möglich.¹¹ Dadurch konnte verdeckt werden, dass die Preise in Deutschland und die hohe Goldparität der Reichsmark unrealistisch geworden waren.

(4) Der Zweite Weltkrieg hat Schätzungen zufolge gut 650 Mrd. Mark gekostet. Knapp 30% davon wurden durch Steuereinnahmen finanziert und noch einmal rd. 20% aus Kriegskontributionen besetzter Länder und sonstiger Einnahmen. Das bedeutet umgekehrt, dass rund die **Hälfte der Staatsausgaben** des Dritten Reiches **durch Staatsverschuldung** aufgebracht worden sind.¹²

(5) Bei **Kriegsende** standen also einer massiven Staatsverschuldung von knapp 400 Mrd. Mark und einem erheblich angestiegenen Geldvolumen keine entsprechenden Güter gegenüber. Die Preise wären bei Freigabe explodiert, daher behielten die Besatzungsmächte das Bewirtschaftungssystem der Nazis bei; insofern gab es keine offene, sondern eine **zurückgestaute Inflation**. Doch Geld verlor die ihm zgedachten **Funktionen**.

- Als **Tauschmittel** fungierten Zigaretten, Butter oder Kaffee, jedenfalls auf den Schwarzmärkten.
- Auf den Schwarzmärkten zeigten sich auch die wahren Knappheitsverhältnisse. Das musste jeder Städter erkennen, der auf Hamstertouren seine Teppiche in Eier oder Butter umtauschen wollte. Der langjährige Preisstopp hatte auch die Funktion des Geldes als **Recheneinheit** beseitigt.
- Als **Wertspeicher** war Geld völlig uninteressant geworden, antizipierte doch die Bevölkerung, dass es zu einer Währungsreform mit einem drastischen Zusammenstreichen des Geldvolumens kommen würde.

Deutschland war mithin ein „**Land ohne Währung**“, wie der Wirtschaftshistoriker *Gustav Stolper* 1949 treffend schrieb.¹³

2.2. Deutschland – Objekt alliierter Politik

(1) Vor dem Ersten Weltkrieg war Europa **Zentrum der Weltwirtschaft**. Diese Stellung relativierte sich durch die Katastrophen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.¹⁴ Der Zweite Weltkrieg hinterließ ein entscheidend geschwächtes Europa zur Folge. Der britische Kriegspremier und spätere Oppositionsführer *Winston Churchill*, bekannt für seine markanten Sprachbilder, fragte 1947 treffend: „Was ist Europa jetzt? Ein Schutthaufen, ein Knochenhaus, eine Brutstätte für Pest und Hass.“ Dies kennzeichnet die wirtschaftliche und soziale Lage treffend. Während die Europäer ihre Ressourcen

¹¹ Aus- und Einfuhr basierten seit der Weltwirtschaftskrise auf bilateralem Verrechnungsverkehr; die dreißiger Jahre sind also eine Phase zunehmender Abkehr vom freien internationalen Handel, nicht nur in Deutschland.

¹² R. Walter, 1995, S. 190.

¹³ Zitiert nach E. Helmstädter, 1989, S. 242.

¹⁴ H. Altrichter / W. L. Bernecker, 2004, S. 156, S. 165.

auf den Schlachtfeldern zerschissen hatten, hatte die USA als Hauptkriegslieferant der Alliierten einen erheblichen Produktionszuwachs erlebt.¹⁵

(2) V.a. aber zeigte sich: Europa war nicht mehr Subjekt, maßgeblicher Akteur, sondern **Objekt der Weltpolitik** geworden.¹⁶ Alle europäischen Mächte gerieten zunehmend in den Einflussbereich der beiden Hauptsieger des Zweiten Weltkrieges, die USA und die Sowjetunion, mit mehr oder weniger Druck.¹⁷ Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde dann weitgehend vom Ost-West-Gegensatz dominiert.¹⁸

(3) Für Deutschland galt dies in besonderer Weise. Es war am 7. Mai 1945 gezwungen worden, „**bedingungslos**“ zu kapitulieren, und die 4 alliierten Militärgouverneure erklärten im Juni 1945, dass es keinen deutschen Staat mehr gäbe. Stattdessen sollte die oberste Regierungsgewalt von den Siegermächten ausgeübt werden. Deutschland wurde in 4 Besatzungszonen aufgeteilt. Ziel der Alliierten war die Dezentralisierung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft.

(4) Doch gab es durchaus Anzeichen, dass mit dem Verschwinden Hitlers auch die Kriegskoalition auseinanderfallen würde. Meinungsverschiedenheiten gab es über die **Höhe und Art der Reparationen**. Auch in der **Besatzungspolitik** gingen die Siegermächte von Anfang an verschiedene Wege. V.a. die Sowjetunion schob im Vergleich zur Vorkriegszeit ihren territorialen Einflussbereich systematisch nach Westen vor. Auch hier war *Churchill* wohl einer der klarsichtigsten Politiker. Er verfolgte die Expansion der Sowjetunion im Osten Europas mit zunehmender Sorge und bezeichnete in einer vielbeachteten Rede in Fulton / Missouri die Grenze zum östlichen Europa als „**eisernen Vorhang**“, der Europa spaltete.¹⁹

(5) Die **USA** übernahm eine völlig andere Rolle als nach dem Ersten Weltkrieg, sie bekannte sich zu einer **internationalen Verantwortung**. Daher trat auch für sie in der Außenpolitik bald die Sowjetunion als der wichtigere Gegner ihrer Europa-Interessen in den Fokus. Der damalige US-Außenminister *James F. Byrnes* sagte im September 1946, dass er eine baldige Bildung einer deutschen Regierung befürworte.²⁰ Und als sich die Spannungen zwischen Ost und West verschärften, ging die USA zur Containment-Politik über. Am 12. März 1947 richtete der amerikanische Präsident eine Botschaft an den Kongress, die als **Truman-Doktrin** in die Geschichtsbücher einging. Deren zentrale Aussage lautet: „Den Kommunismus eindämmen, indem man den von ihm bedrohten Ländern eine wirtschaftli-

¹⁵ H.-W. Niemann, 2009, S. 99.

¹⁶ G. Thiemeyer, 2016, S. 18; H. Altrichter / W. L. Bernecker, 2004, S. 156, S. 169.

¹⁷ W. Loth, 1990, S. 15.

¹⁸ E. Jäckel, 1996, S. 282.

¹⁹ W. Loth, 1990, S. 43 f. G. Thiemeyer, 2016, S. 19. Demgegenüber gibt es keine seriöse Quelle für das Zitat, das Churchill zugeschrieben wird: „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet.“ Es soll die Auffassung *Winston Churchills* ausdrücken, es wäre besser gewesen, *Stalin* und nicht *Hitler* zu besiegen: Aber *Winston Churchill* war nicht dieser Meinung, er hat es auch nie bereut, gegen Hitler-Deutschland gekämpft zu haben.

²⁰ G. Mann, 1958, S. 977.

che, aber notfalls auch eine **militärische Unterstützung** gewährt.“²¹ Es begann der **Kalte Krieg** mit einem Kurswechsel in der Besatzungspolitik. Der globale Ost-West-Konflikt überlagerte fortan die Deutschlandpolitik der Alliierten.²² Nun kam dem schnellen Wiederaufbau des kriegszerstörten Westeuropas einschließlich Deutschlands eine hohe Priorität zu.²³ In diesem Kontext gewinnen Marshall-Plan und OEEC, die Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen, aber auch die Etablierung einer Währungs- und Handelsordnung in Form von Bretton Woods und GATT-Abkommen ihre Funktion.

3. Wie gestaltete sich der Startschuss?

3.1. Währungsreform – ein Projekt der Alliierten

(1) Die Währungsreform war Teil der U.S.-amerikanischen „Weststaats“-Konzeption und wurde ohne nennenswerte Mitsprache deutscher Sachverständiger von den USA ausgearbeitet. Bissig wurde behauptet, die auserlesene Schar deutscher Sachverständiger, die herangezogen worden sei, habe v.a. die Aufgabe gehabt, Formulare und Merkblätter zu entwerfen.²⁴

(2) Als wichtigste **Schritte der Währungsreform** können angesehen werden:

- Die **Reichsmark** wurde am **21.6.1948 abgeschafft** und als gesetzliches Zahlungsmittel durch die DM ersetzt. Der Tag der Währungsumstellung war ein von der Bevölkerung langerwartetes Ereignis, wenn auch von den Besatzungsbehörden strikt geheim gehalten worden. Deshalb wurden auch die DM-Noten in den USA gedruckt.²⁵
- Bereits am Sonntag, dem 20.6., erhielt jeder Deutsche zusammen mit seinen Lebensmittelkarten eine „**Kopfquote**“ von **40 DM** bei einem Umtauschverhältnis von 1:1. Wenig später gab es nochmals weitere 20 DM zu diesem Umtauschsatz.
- Wiederkehrende Leistungen aus bestehenden Arbeits-, Miet- und Pachtverträgen, also die **Stromgrößen**, wurden ebenso wie Rentenleistungen 1:1 umgestellt.
- Alle auf Reichsmark lautenden Verbindlichkeiten sollten grundsätzlich im Verhältnis **10:1** von RM auf DM umgestellt werden. Diese Frage war insbesondere bei privaten Schuldverhältnissen lebhaft umstritten, denn so wurden ja auch Privatdarlehen abgewertet. Dies führte zu einer **Entschuldung der Sachwertbesitzer**, wozu keine generelle Notwendigkeit bestand.²⁶
- Auch alle **Bankguthaben** wurden zunächst im Verhältnis 10:1 abgewertet, d.h. für 100 RM wurden 10 DM gutgeschrieben. Davon wurden 5 DM auf ein Freikonto gebucht, worüber gleich verfügt werden konnte, während die anderen 5 DM auf einem Festkonto deponiert wurden. Über diese Gelder konnte zunächst nicht verfügt werden. Als die Preise heftig zu steigen begannen, wur-

²¹ M. Schramm, 2018, S. 37.

²² M. North et al., 2005, S. 366.

²³ H. W. Niemann, 2009, S. 108 f.

²⁴ C.-L. Holtfrerich, 2018, S. 16; W. Abelshauser, 2016, S. 12; G. Thiemeyer, 2016, S. 33; M. North et al., 2005, S. 366 ff.

²⁵ C.-L. Holtfrerich, 2018, S. 16.

²⁶ Eine Gleichbehandlung von Geld- und Sachwertbesitzern wurde also nicht vorgenommen. Die daraus resultierenden Ungerechtigkeiten wurden erst ab 1953 mit einem Lastenausgleichsgesetz zu lösen versucht.

den diese festgelegten Gelder dann nochmals um 70 % abgewertet und erst im Herbst 1948 freigegeben. Von **100 RM** blieben dem Sparer also nicht 10 DM, sondern nur **6,50 DM** übrig. Der geldsparende Mittelstand musste schmerzlich erfahren, dass seine Ersparnisse fast vollständig entwertet worden waren.

- Schließlich wurden alle **Forderungen gegen das Reich** für **nichtig** erklärt. Der ungeheure Schuldenberg, den das Dritte Reich hinterlassen hatte, hat also mit der Währungsreform sein Ende gefunden. Die Staatsverschuldung von knapp 400 Mrd. RM hatte einem Mehrfachen des Volkseinkommens in diesen Jahren entsprochen. Eine Rückzahlung, ja selbst eine angemessene Verzinsung musste mithin utopisch erscheinen.

(3) Schlagartig tauchten nach der Währungsreform in den Schaufenstern des Einzelhandels Waren auf, die der Normalverbraucher schon lange nicht mehr gesehen hatte. Aus verborgenen Horten kamen jetzt Kochtöpfe, Glühbirnen oder Zahnbürsten hervor. Die psychische Wirkung dieses **Schaufenstereffektes** war beträchtlich. Für denjenigen, der die Wirkungsmuster der zurückgestauten Inflation versteht, war das allerdings eher wenig verwunderlich.

(4) Die neue Währung erlangte schnell Akzeptanz; dies wurde auch durch eine institutionelle Vorkehrung stark befördert, die den Deutschen von den Alliierten aufgedrängt wurde, nämlich die **Unabhängigkeit der Notenbank**. Die Bank deutscher Länder und später die Bundesbank blieben weitgehend unabhängig von Einflussnahmen der Politiker.²⁷ Diese Regel hatte sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dann als so erfolgreich erwiesen, dass sie Modell bei Schaffung der Europäischen Zentralbank werden sollte.

3.2. Abschaffung der Bewirtschaftung: Die Tat Ludwig Erhards

(1) So wie die Währungsreform einseitig auf die Alliierten zurückging, wurde die Liberalisierung der Märkte einseitig von den Deutschen durchgeführt. Aufschlussreich ist, dass die jeweils andere Seite Vorbehalte hatte.²⁸ Man wird also nicht behaupten können, dass die beiden Reformen, die man im Nachhinein als Herzstück der „Sozialen Marktwirtschaft“ angesehen hat, einem sorgsam abgestimmten Plan aller Beteiligten entsprungen seien.

(2) Die Schaffung eines knappen Geldes durch die Währungsreform ermöglichte, ja erforderte eine Wirtschafts- und Preisreform. Die Währungsreform konnte nur zu einem nachhaltigen Erfolg führen, wenn mit der Einführung der DM auch die Preise wieder ihre Steuerungsfunktion auf Märkten übernehmen würden.²⁹ Die Durchsetzung dieser Reform ist vor allem mit dem Namen **Ludwig Er-**

²⁷ C. Buchheim, 2001, S. 141; H. Giersch / K.-H. Paque / H. Schmieding, 1992, S. 37.

²⁸ M. North et al., 2005, S. 367.

²⁹ H. Giersch / K.-H. Paque / H. Schmieding, 1992, S. 34 f. zur Diskussion um die angemessene Reformstrategie.

hard verbunden, und das zu Recht.³⁰ **Erhard** wurde im Frühjahr 1948 Direktor für Wirtschaft in der Bizone bzw. dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet.³¹

- **Erhard** agierte auf Basis des vom Wirtschaftsrat erlassenen „**Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung nach der Geldreform**“. Dieses Gesetz gab dem Direktor für Wirtschaftsverwaltung das Recht, Zwangsbewirtschaftungsmaßnahmen zu lockern oder abzuschaffen. Die schnelle Aufhebung der Zwangsbewirtschaftungsmaßnahmen widersprach indes einer strikten Anordnung der alliierten Aufsichtsbehörden, diese besaßen einen Zustimmungsvorbehalt bei der Freigabe der Preise. Indes unternahmen sie nichts gegen **Erhards** eigenmächtiges Vorgehen, weil sich die verfolgte Politik selektiver Liberalisierung als recht erfolgreich erwies.
- **Selektive Liberalisierung** bedeutete, dass ca. 90 % aller Preisvorschriften sofort aufgegeben wurden. Für besonders wichtige Güter wie Grundnahrungsmittel wurde die Zwangsbewirtschaftung jedoch nur peu a peu aufgegeben, z.B. für Kartoffeln schon Ende 1948, für Zucker als letztes Grundnahrungsmittel erst Mitte 1950.³² Lockere Preisvorschriften gab es noch für Bekleidung und Schuhe, während die Bewirtschaftungsmaßnahmen für Mieten, Versorgungsleistungen der öffentlichen Hand und wichtige Rohstoffe (Eisen, Kohle, NE-Metalle) bestehen blieben.

(3) Die schnelle Abschaffung der Bewirtschaftung war eine mutige und auch sehr einsame Tat, ist damit ein Beispiel dafür, dass Politiker Geschichte machen.³³ In einem Gespräch mit *Ludwig Erhard* soll der Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone General *Lucius D. Clay* ihm gesagt haben: „Herr Erhard, meine Berater sagen mir, Sie machen mit der Preisfreigabe einen großen Fehler.“ Und *Erhard* soll geantwortet haben: „Hören Sie nicht auf sie, meine Berater sagen mir das gleiche.“ Die Anekdote zeigt, wie isoliert die Position *Erhards* offensichtlich war. Die vielen Kritiker befürchteten die Ingangsetzung einer Inflationsspirale und eine verstärkte Ungleichverteilung der Einkommen. *Erhard* hingegen erhoffte sich eine Entfesselung der Wettbewerbskräfte und damit die Chance für ein schnelles Wachstum.

(4) Mit Währungsreform und Aufgabe der Zwangsbewirtschaftung waren die wichtigsten Eckpfeiler für eine marktwirtschaftliche Ordnung geschaffen. Die beiden Reformen sicherten ihren Erfolg wechselseitig. Es waren die wichtigsten ordnungspolitischen Weichenstellungen, die dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft folgten. Für die Schaffung eines **Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen**, dass von neoliberalen Ökonomen ebenfalls zu den Grundpfeilern der Sozialen Marktwirtschaft zählen sollte,³⁴ bedurfte es sehr viel mehr Geduld. Zudem blieb es, als es nach 10-jährigem Ringen zum 1.1.1958 endlich in Kraft trat, weit hinter den Erwartungen seiner liberalen Protagonisten zurück.³⁵

³⁰ E. Helmstädter, 1989, S. 241; R. Klump, 1993, S. 142.

³¹ Er löste *Johannes Semler* in diesem Amt ab, denn der hatte die amerikanischen Hilfslieferungen respektlos als „Hühnerfutter“ bezeichnet und war deshalb von den Alliierten gefeuert worden.

³² Erstmals am 1. Mai 1950 brauchten die Deutschen beim Einkauf keine Lebensmittelkarten mehr.

³³ L. Erhard, 1964, S. 21. *Hans Maier* hat *Erhard* deshalb als den einzig wirklichen „Systemveränderer“ in der Nachkriegszeit bezeichnet. Zitiert nach E. Helmstädter, 1989, S. 241; vgl. auch H. Lampert, 1990, S. 32 und H. Winkel, 1974, S. 61.

³⁴ L. Erhard, 1964, S. 9 nennt das Kartellgesetz das „wirtschaftliche Grundgesetz.“

³⁵ Ausführlich dazu B. Noll, 1986, S. 108 ff.

3.3. Der Marshall-Plan – mehr als ein Wiederaufbauprogramm

(1) Die USA stellten in dem European Recovery Program den westeuropäischen Staaten Güter im Werte von ca. 12,5 Mrd. US-\$ zur Verfügung, teils auf Kreditbasis, teils als Schenkungen. Auch die westlichen Besatzungszonen wurden mit rd. 1,4 Mrd. \$ bedacht.

(2) Die Bedeutung der Wiederaufbauhilfe der USA für die darniederliegenden europäischen Volkswirtschaften sind umstritten. Während Wirtschaftshistoriker darauf hinweisen, dass in Deutschland ohnehin eine wirtschaftliche Erholung erkennbar gewesen wäre, betonen Politikwissenschaftler die psychologische Bedeutung des ERP-Programmes. Beides hat wohl seine Berechtigung.

(3) Für die langfristige Entwicklung entscheidend ist aber noch ein anderer Aspekt. Die **USA** knüpften die Hilfe an die **Bedingung**, dass sich die beteiligten Empfängerländer in der eigens gegründeten Organisation for European Economic Cooperation (OEEC) auf eine schrittweise Liberalisierung der Handelsbeziehungen in Europa verständigen. Hier liegt der Nukleus für die europäische Integration. Insofern kann man auch den Marshallplan als eine **ordnungspolitische Weichenstellung** charakterisieren, da er einen wesentlichen Impuls hin zur Öffnung der Märkte und zur europäischen Integration gab.³⁶

4. Was waren die Folgen des Startschusses?

(1) Nach den Wirtschaftsreformen erlebte die deutsche Wirtschaft bis 1973 eine **beispiellose Prosperitätsperiode**. Doch verstellt diese Langfristperspektive den Blick dafür, dass die ersten Jahre nach Einführung der Marktwirtschaft recht krisenhaft verliefen. Die Jahre 1948 – 1950 sind gekennzeichnet durch eine zunächst kräftig anwachsende Arbeitslosigkeit, einen starken Preisanstieg für Grundnahrungsmittel, es herrschte Rohstoffknappheit und die Zahlungsfähigkeit der Bundesrepublik war zeitweise bedroht.³⁷ Es traten die typischen Probleme einer **Transformationskrise** auf – großer Nachholbedarf und eine erst allmählich anlaufende Produktion. Die wirtschaftlichen Probleme waren begleitet von Forderungen nach Bewirtschaftungs-, Kontroll- und Lenkungsmaßnahmen.³⁸ Die Kritik mündete in einem Generalstreik im November 1949, zu dem die Gewerkschaften aufgerufen hatten.³⁹ Doch verstummte die Kritik, als sich seit Mitte 1951 ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum durchsetzte.⁴⁰

(2) Das **Wachstum des Sozialprodukts** wurde schon seit der Industrialisierung Mitte des 19. Jahrhunderts zum Normalzustand. Im Kaiserreich lag die durchschnittliche Wachstumsrate des realen Sozialprodukts pro Kopf bei ca. 1,5 %. Doch auch im Vergleich zu diesen Perioden vor dem 2. Welt-

³⁶ G. Thiemeyer, 2016, S. 33; W. Loth, 1990, S. 50

³⁷ M. von Prollius, 2006, S. 80 ff.

³⁸ Zeitweise wurde Strom rationiert und Kohle bewirtschaftet. Auch wurde 1952 mit dem Investitionshilfegesetz die Konsumgüterindustrie veranlasst, über eine Zwangsanleihe die Grundstoffindustrien zu subventionieren. M. von Prollius, 2006, S. 84.

³⁹ M. Schramm, 2018, S. 19; H. Winkel, 1974, S. 61; L. Erhard, 1964, S. 24 f.

⁴⁰ Noch im März 1951 forderte der Hohe Kommissar *John J. McCloy* im Angesicht der Korea-Krise dazu auf, zu Bewirtschaftungsmaßnahmen und Preiskontrollen zurückzukehren. Vgl. D. Koerfer, o.J., S. 112.

krieg stellen die ersten 2 Nachkriegsjahrzehnte eine außerordentlich dynamische Prosperitätsperiode, ein „Goldenes Zeitalter“ dar. In der Periode von 1950 bis 1973 wuchs das reale BIP pro Kopf jährlich um mehr als 4 %; das Realeinkommen pro Kopf verdreifachte sich fast in diesem Zeitraum.⁴¹ Konjunkturzyklen waren Wachstumszyklen. Es gab zwar schwankende Wachstumsraten, aber auch im konjunkturellen Abschwung waren diese noch positiv.⁴²

(3) Der Lebensstandard der Bevölkerung erhöhte sich und veränderte kulturelle Mentalitäten und das Sozialgefüge der Gesellschaft grundlegend.⁴³

- Der Durchbruch zum Massenkonsum dokumentierte sich in verschiedenen „**Wellen**“ – in den 50er Jahren waren dies die „Fresswelle“, „Bekleidungswelle“ und Einrichtungswelle. In den 60er Jahren kamen die Motorisierungs- und Reisewelle sowie die Ausstattung mit elektrotechnischen Gütern hinzu.⁴⁴
- Deutlich wird der Wohlstandsanstieg der Bevölkerung an der sich stark ändernden Zusammensetzung des **typischen Güterkorbes** eines Normalhaushaltes, wie ihn das Statistische Bundesamt zur Ermittlung der Inflationsrate zugrunde legt. Der Einkommensanteil für **restitutive Zwecke**, d.h. lebensnotwendige Güter wie Ernährung, Kleidung und Wohnen ging kräftig zurück. Lag beispielsweise der Anteil, den ein privater Haushalt im Durchschnitt allein für Nahrungs- und Genussmittel aufwenden musste, 1950 noch bei 43,5%, so waren es 2006 kaum mehr 15%.⁴⁵ Sehr viel größere Anteile eines stark angestiegenen Haushaltseinkommens standen daher fortan für (großzügigeres) Wohnen, aber auch für Verkehr und Kommunikation, Gesundheit, Freizeit oder Bildung zur Verfügung.⁴⁶
- Nur die Versorgung mit Wohnraum blieb nach dem Krieg lange Zeit ein Problem. Ursache hierfür waren die massiven Zerstörungen von Wohnungen im Krieg und die auch in den 50er Jahren anhaltenden Zuwanderungen. Die **Wohnraumzwangsbewirtschaftung** wurde erst seit 1960 allmählich abgebaut. Die Privatinitiative im Wohnungsbau blieb entsprechend gering.

(4) Das größte Problem nach dem ordnungspolitischen Neubeginn war in den ersten Jahren die **Arbeitslosigkeit**. Vor der Währungsreform gab es kaum Arbeitslosigkeit, jedenfalls keine offizielle. Sie war gleichsam durch das **zentralplanwirtschaftliche System** verdeckt und dokumentierte sich in geringer Arbeitsproduktivität und vielen Scheinarbeitsverhältnissen. Trotz der beachtlichen Produktionsausweitung erhöhte sich dann die Arbeitslosenquote seit Mitte 1948 drastisch. Die Arbeitslosenquote stieg zeitweilig auf bis zu 12%. Im Februar 1950 waren mehr als 2 Mio. Menschen erwerbslos.⁴⁷

⁴¹ Zahlen bei M. Schramm, 2018, S. 39.

⁴² C. Buchheim, 1997, S. 91, S. 98.

⁴³ W. Abelshauser, 2004, S. 313 ff.

⁴⁴ Vgl. dazu auch M. Schramm, 2018, S. 10, S. 45 ff.;

⁴⁵ Bis Mitte des 19. Jahrhunderts gab die Bevölkerung ihr Einkommen fast vollständig für restitutive Zwecke (Nahrung, Kleidung, Wohnen) aus, zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren es 75 %. Vgl. M. Miegel, 2004, S. 100.

⁴⁶ B. Noll, 2010, S. 224.

⁴⁷ W. Abelshauser, 2004, S. 155 f.

Der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit war die Folge eines **Produktivitätsschubes** und des **starken Bevölkerungswachstums** durch SBZ-Flüchtlinge und Vertriebene. So lag der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in Schleswig-Holstein 1950 bei 59 % und in Niedersachsen bei 43 %. Dies waren zwei agrarisch geprägten Bundesländer mit einem besonders hohen Bevölkerungsanteil von Flüchtlingen und Vertriebenen.

Die Arbeitslosigkeit war eine **Kapitalmangelarbeitslosigkeit**. *Erhard* erkannte dies zutreffend und griff dementsprechend nicht zu den von Gewerkschaften und Sozialdemokraten geforderten keynesianischen Rezepten. Und sein Abwarten war richtig, denn die Zahl der Arbeitsplätze stieg in den 50er Jahren stark an. Zwischen 1950 und 1960 wurden rund 6 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen. Spätestens seit 1959 war Vollbeschäftigung erreicht, und langanhaltende Vollbeschäftigung, ja Überbeschäftigung wurde das herausragende Datum der 60er Jahre. Der Arbeitsmarkt wurde Engpassfaktor für höhere Wachstumsraten der deutschen Volkswirtschaft. Auch die schnell wachsende Zahl **ausländischer Arbeitnehmer** hat diese Engpasssituation nicht vollständig beseitigen können. Die Zahl der angeworbenen Gastarbeiter stieg in den 60er Jahren von nahezu 0 bis zum Jahre 1973 auf 2,5 Mio. Das waren zeitweise mehr als 10 % aller in der Bundesrepublik Beschäftigten. Kurzfristig hat der Zustrom billiger ausländischer Arbeitskräfte aus Südeuropa die Anpassungsprobleme der Wirtschaft erleichtert und die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte verbessert, langfristig den notwendigen Strukturwandel in den 60er Jahren allerdings eher gehemmt, weil er den Aufbau zusätzlicher Low-Tech-Bereiche wie Textil und Bekleidung, Eisen und Stahl sowie Metallverarbeitung beförderte bzw. ihre Rückbildung verzögerte.⁴⁸

(5) Es ist schließlich v.a. der Prosperität der 50er Jahre zu verdanken, dass sich die wirtschaftliche und soziale **Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge** insgesamt so reibungslos gestaltete. Die Bedeutung der Integrationsdimension sollen einige Zahlen verdeutlichen: 1950 wurde eine Volkszählung durchgeführt. Danach befanden sich 7,88 Mio. Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und 1,56 Mio. Flüchtlinge aus der Sowjetisch besetzten Zone in der Bundesrepublik. Die Bevölkerung war auf knapp 48 Mio. gestiegen, während 1939 nur etwa 40 Mio. Menschen auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik gelebt hatten. Das war eine Bevölkerungszunahme von rund 24%.⁴⁹ Die Bevölkerung im Westen hatte durch den Krieg also nicht abgenommen, sondern erheblich zugenommen. Die große Zahl an Zuwanderungen, die auch in den 50er Jahren noch anhielt, hat sich nicht als dauerhaftes arbeitsmarktpolitisches Problem erwiesen. Im Gegenteil, hiermit stand eine sehr mobile und leistungsbereite Bevölkerungsgruppe zur Verfügung, die für den Wirtschaftsaufschwung sehr maßgeblich mitverantwortlich ist. Von nicht zu unterschätzendem Vorteil dabei war sicher, dass keine sprachlichen oder kulturellen Assimilationsschwierigkeiten bestanden.

⁴⁸ H. Giersch / K.-H. Paque / H. Schmieding, 1992, S. 136 ff.

⁴⁹ M. Spoerer / J. Streb, 2013, S. 212; E. Jäckel, 1996, S. 263.

(6) Dies alles ging schließlich mit einem **rasanten sektoralen Strukturwandel** einher:⁵⁰ 1950 arbeiteten noch knapp 5 Mio. und damit mehr als 23% aller Erwerbstätigen im primären Sektor. 20 Jahre später waren es noch knapp 2,2 Mio. bzw. 8,5% Erwerbstätige, und zur Zeit des Mauerfalls gut 1 Mio. bzw. 4% aller Erwerbstätigen. Land-, Forstwirtschaft und Fischerei hatten allein in diesen Jahrzehnten 4 Mio. Arbeitsplätze abgebaut. Dieser rasante Strukturwandel hat sich auch in der Folgezeit fortgesetzt. Mittlerweile ist der primäre Sektor mit einem Beitrag von weniger als 1% zum BIP eine vernachlässigbare Größe, auch wenn es den Lobbyisten in der öffentlichen Diskussion gelingt, den Eindruck zu erwecken, als ginge es der Bevölkerung umso besser, je größer und leistungsstärker die Landwirtschaft sei.⁵¹

5. Wie sind der Startschuss und seine Folgen zu bewerten?

(1) Das Erstaunen über den schnellen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft fand seinen Ausdruck in dem Begriff „**Wirtschaftswunder**“. „War es nicht ein Wunder, dass in dem stark zerstörten und moralisch diskreditierten Land binnen weniger Jahre ein beachtlicher Wohlstand erzielt wurde, ein Wohlstand, der das Land zu einem der reichsten Länder der Erde werden ließ?“, so fragten viele Zeitgenossen. Doch „Wunder“ gehören nicht in das Repertoire der Ökonomen. Sie suchen nach schlüssigen, überprüfbaren Erklärungen. Und so erschienen Anfang der 50er Jahre nicht zufällig ein Buch mit Aufsätzen renommierter liberaler Autoren, das den bezeichnenden Titel „**Wirtschaft ohne Wunder**“ trug.⁵² Die 50er Jahre waren keine Zeit der Wunder, und die Verbesserung der Lebensverhältnisse hat nichts Unerklärliches. Allenfalls herrscht Streit unter Ökonomen und Historikern über die Gründe für die erstaunliche und erstaunlich lange Prosperitätsperiode.

(2) Liberale Ökonomen wie *Ernst Helmstädter* betonen die Bedeutung der **ordnungspolitischen Weichenstellungen** im Jahre 1948. Er konstatierte: „Diese neue Wirtschaftsordnung hat das deutsche Wirtschaftswunder hervorgebracht.“⁵³ Man kann diese Auffassung als wichtigen Teilaspekt der **Strukturbruchhypothese** ansehen.⁵⁴ Danach sind grundlegende Kursänderungen in der praktizierten Wirtschafts- und Sozialpolitik entscheidend für die sehr unterschiedliche Dynamik in den unterschiedenen Epochen seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Danach wird die konsequente Durchsetzung liberaler Wirtschaftsreformen Ende der 1940er Jahre als ursächlich für das außergewöhnlich hohe Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze angesehen. Umgekehrt wird die Erklärung für die Wachstumsabschwächung seit Anfang der 1970er Jahre verbunden mit Massenarbeitslosigkeit und Staatsverschuldung im Bruch mit liberalen Leitideen sowie in neuen weltwirtschaftlichen Herausforderungen gesehen.⁵⁵

⁵⁰ Zu vergleichbaren Strukturwandlungsprozessen in anderen europäischen Ländern vgl. M. Schramm, 2018, S. 42.

⁵¹ J. Berger, 2012.

⁵² A. Hunold, 1953, S. 7 f.

⁵³ E. Helmstädter, 1989, S. 241; ähnlich R. Klump, 1993, S. 138; M. von Prollius, 2006, S. 92.

⁵⁴ Dazu H. Lampert, 1990, S. 45 ff.; H.-U. Wehler, 2008, S. 52 f.; M. von Prollius, 2006, S. 92.

⁵⁵ Dazu B. Noll, 2010, S. 225; H. Giersch / K.-H. Paque / H. Schmieding, 1992, Preface, S. 273.

(3) Insbesondere von **Werner Abelshauser** wird demgegenüber ein **Rekonstruktionsansatz** vertreten, mit der er die Bedeutung der ordnungspolitischen Weichenstellungen 1948 in Frage stellt, zumindest relativieren will. Dies wird an einem Auszug aus einem Interview mit der Wirtschaftswoche im vergangenen Jahr verdeutlichen:

Wirtschaftswoche: Professor Abelshauser, das legendäre „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegsjahre ist im deutschen Bewusstsein tief verankert. Als Vater des Booms gilt Ludwig Erhard. Zu Recht?

Antwort: Nein – auch wenn er vieles richtiggemacht hat. Den Aufschwung hätte es unter gleichen Bedingungen wohl unter jedem Wirtschaftsminister gegeben. Die zum Teil zweistelligen Wachstumsraten der Fünfzigerjahre waren nicht politisch induziert, sondern wirtschaftlich erwartbar. Es ging um die Rückkehr zum alten Wachstumspfad, also um Rekonstruktionswachstum, wie es in der Fachsprache heißt.⁵⁶

Kernthese von *Abelshauser* ist also, dass das Wachstum der deutschen Volkswirtschaft auf lange Frist einem gewissen Trend folge. Diese Trendlinie sei im Krieg und der unmittelbaren Nachkriegszeit unterschritten worden, so dass der Nachkriegsboom als Rückkehr hin zum Trend interpretiert werden könnte, also das Ergebnis „mehr oder weniger normaler wirtschaftlicher Anpassungsprozesse“ gewesen sei.⁵⁷ Insbesondere gab es nach ihm einen Überschuss an qualifizierten personellen Ressourcen, den es auszuschöpfen galt.⁵⁸ Eine Bestätigung für diese Rekonstruktionsthese sieht man insbesondere darin, dass nicht nur Deutschland, sondern auch andere, besonders vom Krieg betroffene Länder ebenfalls in der Nachkriegszeit eine Phase stürmischen Wirtschaftswachstums erlebten – so z.B. Österreich, Italien, Frankreich und Japan.⁵⁹

- Zutreffend an dieser Position ist, dass auch andere Länder in den 50er Jahren eine hohe Wachstumsdynamik verzeichnen konnten. Doch erlaubt dies noch nicht den Schluss darauf, dass überall dieselbe Ursachenkonstellation zum Erfolg geführt haben muss.⁶⁰ Nicht erklären kann dieser Ansatz bspw., warum nicht auch in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung eine Rekonstruktionsperiode erfolgte.

⁵⁶ B. Losse, 2017.

⁵⁷ M. Spoerer / J. Streb, 2013, S. 211.

⁵⁸ W. Abelshauser, 2001, S. 134; M. Spoerer / J. Streb, 2013, S. 13.

⁵⁹ M. Spoerer / J. Streb, 2013, S. 226.

⁶⁰ So aber M. Schramm, 2018, S. 41. Zudem wird von den Verfechtern der Rekonstruktionsthese nicht nach den Ausgangsbedingungen in den verschiedenen Ländern gefragt. So war die zurückgestaute Inflation bspw. für Deutschland ein besonderes Hemmnis für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Dementsprechend gab es nach dem Krieg sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Ausgestaltung der Währungsreform, die vermutlich die Wachstumsdynamik in Verbindung mit der Aufgabe der Zwangsbewirtschaftung in sehr unterschiedlicher Weise befördert hätten. So hätte bspw. die vielfach geforderte Verknüpfung der Währungsreform mit dem Lastenausgleich dem Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung eher entsprochen, den Neuanfang indes erheblich verkompliziert und vermutlich verzögert. Daher ist es schon ein kühne These Abelshausers, wenn er meint, dass jeder einigermaßen kluge Wirtschaftsminister für eine ähnliche Prosperität gesorgt hätte.

- Die Zusammenhänge sind offensichtlich komplexer, als es die Rekonstruktionsthese behauptet. Der Ansatz ist mechanistisch. Aus Korrelationen, die auf makroökonomischer Basis herausgearbeitet werden, erschließen sich keine Kausalitäten, die eine mikroökonomische Fundierung benötigen. Die Verfechter der Rekonstruktionsthese können – m.a.W. – weder den langfristigen Trend für die Entwicklung des Produktionspotentials zufriedenstellend erklären, noch einen Grund für das Ausschöpfen des Potentials seit Ende der 40er Jahre liefern.⁶¹ Es fehlt mithin die Klärung des „inneren Bewegungsgesetzes“.⁶² Hier gibt der institutionenökonomische Ansatz eine erklärungskräftigere Antwort: Mit Währungsreform und Aufgabe der Zwangsbewirtschaftung wurden ordnungspolitische Reformen auf den Weg gebracht, die Unternehmergeist und Arbeitsbereitschaft entscheidend befördert haben. Damit wurden Energien in produktive Bahnen gelenkt.

(4) Es kommen vermutlich mehrere **günstige Faktoren** zusammen, die der Bundesrepublik eine solch anhaltende Prosperitätsperiode beschert haben:

- Es war einmal das Ergebnis **kluger wirtschaftspolitischer Weichenstellungen**, die wir mit den Namen *Ludwig Erhard* und *Alfred Müller-Armack*, verbinden. Hinter der Idee einer Sozialen Marktwirtschaft scharen sich alsbald die Mehrheit der CDU und die Liberalen.
- Hinzu kamen günstige **weltwirtschaftliche und –politische Konstellationen**. Deutschland wurde von einem kritisch beäugten Feind zu einem verlässlichen Bündnispartner, mit dem man gerne Geschäfte v.a. mit Kapitalgütern machte.⁶³ Die Westintegration – als Stichworte sollen hier die wichtigsten wirtschaftspolitischen Vertragssysteme OEEC, EWG, GATT und Bretton Woods Abkommen genügen, denen die Bundesrepublik beitrug – hat die Grundlagen für eine intensive internationale Arbeitsteilung gelegt und als Antriebsfaktor der wirtschaftlichen Entwicklung fungiert. Die Bundesrepublik entwickelte sich in dieser Epoche zu einer wichtigen Exportnation.⁶⁴
- Drittens bestanden Möglichkeiten des technologischen und wirtschaftlichen **Aufholprozesses** gegenüber den USA,⁶⁵ häufig als Catch-Up-Hypothese bezeichnet. Die deutschen Unternehmen konnten in den 50er Jahren die bis dato ökonomisch erfolgreicher USA bei Entwicklung neuer Produkte und der Adaption von Produktionsverfahren imitieren. Diesen technologischen Vorsprung hatten sich die USA nicht zuletzt dadurch erarbeitet, dass sie anders als die europäischen Länder in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ihre Energien nicht in unproduktive kriegerische Auseinandersetzungen gesteckt hatten.
- Schließlich basierte – und darauf hat *Eberhard Jäckel* aufmerksam gemacht – die Entwicklung im Nachkriegsdeutschland auf günstigen gesellschaftlichen Umständen. Die **scharfen gesellschaftlichen Gegensätze**, die das Geschehen in Deutschland lange und insbesondere in der Weimarer Zeit geprägt haben, waren ein gutes Stück weit **überwunden**. *Jäckel* formuliert daher den viel-

⁶¹ C. Buchheim, 1997, S. 93 schreibt vage: „Demnach scheint dieser Trend in der Tat einen gewissen Realitätsgehalt zu besitzen.“ Doch worauf basiert er?

⁶² M. North et al., 2005, S. 357.

⁶³ B. Eichengreen, 2007, p. 93 ff.

⁶⁴ G. Thieme, 2016, S. 84 ff.

⁶⁵ R. Metz, 2001, S. 84 ff; E. Helmstädter, 1989, S. 241; H. Giersch / K.-H. Paque / H. Schmieding, 1992, S. 4.

leicht auf den ersten Blick provozierenden Gedanken, „dass der erstaunliche Wiederaufstieg Westdeutschlands nicht trotz, sondern wegen der erlittenen Verluste und Schäden möglich wurde.“⁶⁶

6. Ein Blick zurück: 70 Jahre „Soziale Marktwirtschaft“?

(1) Werner Abelshauser beginnt sein 1983 erstmals erschienenenes Buch „Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945“ mit der These, dass die Geschichte der Bundesrepublik vor allem ihre **Wirtschaftsgeschichte** sei. V.a. die Wirtschaftsgeschichte hat der Bundesrepublik ihr Gepräge gegeben, ihre Stabilität, ihr Ansehen und ihre Stellung in der Welt. Mittlerweile sind staats- und gesellschaftspolitische Entwicklungen stärker in den Vordergrund getreten, wenn man an die Wiedervereinigung, die so genannte Eurokrise und die Flüchtlingskrise denkt. Daher mag man das Diktum von Abelshauser zwar heute relativieren, aber im Kern ist es nach wie vor richtig. Auch heute noch ist es v.a. die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, die den Zusammenhalt befördert und eine befriedende Wirkung gezeitigt hat. Das ist v.a. im Hinblick auch für die nächste Überlegung relevant.

(2) Nach dem Krieg herrschte in weiten Teilen der Bevölkerung die Auffassung vor, dass nur eine staatliche Planung, Lenkung und Kontrolle die Wirtschaft in Gang bringen könne.⁶⁷ Bis weit in die CDU hinein herrschten die Vorstellung, dass Schlüsselindustrien verstaatlicht werden müssten und planwirtschaftliche Methoden unabdingbar seien. Das Thema Markt- oder Planwirtschaft dominierte dann auch den ersten Wahlkampf 1949. *Erhard* meinte rückblickend: „Der erste Wahlkampf ist praktisch nur um die Soziale Marktwirtschaft geführt worden...“.⁶⁸ Doch dann verstummte die Debatte mehr und mehr. Und auch die SPD bekannte sich im Godesberger Programm 1959 zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und schuf damit die Voraussetzungen dafür, Volkspartei zu werden. Der ökonomische Abstand des Westens gegenüber dem Osten wurde schon Mitte der 50er Jahre zunehmend spürbarer, von den Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen ganz zu schweigen. Damit hatte Deutschland-West im Verhältnis-Ost in dem facettenreichen Systemwettbewerb die Nase vorn. Und der wirtschaftliche Abstand sollte sich im Zeitablauf vergrößern.⁶⁹ Das zeigte die deformierte Wirtschaftsstruktur der DDR zum Zeitpunkt der Öffnung der Mauer. Der wirtschaftliche Entwicklungsstand entsprach – akzeptiert man die so genannte Drei-Sektoren-Hypothese als „typische Normalstruktur“ für die Entwicklung von Volkswirtschaften – in etwa dem der Bundesrepublik Ende der 60er Jahre.⁷⁰

(3) Die „Soziale Marktwirtschaft“ entwickelte sich zum **Erfolgsmodell**. Heute wird die Soziale Marktwirtschaft quer durch fast alle Parteien und Interessengruppen beschworen; sie steht als Synonym für die jeweils herrschende Wirtschaftspolitik.⁷¹ Die „Soziale Marktwirtschaft“ wurde zur Metapher für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, deren Symbolkraft man sich im politischen Alltagsgeschäft gerne be-

⁶⁶ E. Jäckel, 1996, S. 262.

⁶⁷ L. Erhard, 1964, S. 18; R. Klump, 1993, S. 140; H. Lampert, 1990, S. 31 f.

⁶⁸ M. von Prollius, 2006, S. 81.

⁶⁹ D. Staritz, 1989, S. 75.

⁷⁰ B. Noll, 1994, S. 79.

⁷¹ W. Abelshauser, 2016, S. 17.

dient.⁷² Diese „Vereinnahmungspraktiken“ vernebeln allerdings die Konturen der Begrifflichkeiten. Vielmehr gilt es zu konstatieren, dass das Leitbild „Soziale Marktwirtschaft“, so wie es ursprünglich konzipiert wurde, seit Mitte der 60er Jahre für die praktische Wirtschaftspolitik an Relevanz verloren hat.⁷³ *Karl Schiller*, Wirtschafts- und Finanzminister zu Zeiten der Großen Koalition und zu Beginn der sozialliberalen Koalition, ist hier der wichtigste Protagonist. Die Globalsteuerung zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, eine „Konzertierte Aktion“ von großen Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften mit staatlichen Institutionen zur Vorformung der Wirtschaftspolitik, die Durchsetzung einer paritätischen Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei Großunternehmen und der Ausbau des Sozialstaates zum Versorgungsstaat sind keine Bauelemente liberaler Ordnungspolitik. Dies wird auch von Verfechtern eines freiheitlichen Sozialismus so gesehen, die daher die „soziale“ zu einer „**aufgeklärten Marktwirtschaft**“ weiterentwickeln wollten.⁷⁴ Viele der von einem starken Planungs- und Fortschrittsoptimismus geprägten Politikvorstellungen sind allerdings schon nach wenigen Jahren gescheitert.⁷⁵

(4) Es gibt noch eine weitere Entwicklungslinie, die mit dem Konzept einer Sozialen Marktwirtschaft kaum in Einklang zu bringen ist: Die Durchsetzung eines Systems **unverfälschten Leistungswettbewerbs** sollte sich insbesondere gegen die Tradition korporativer Interessenabstimmung richten, die seit den 1890er Jahren so überaus mächtig in der deutschen Wirtschaft Platz greifen konnte.⁷⁶ Dies entsprach insbesondere auch den Vorstellungen der Alliierten, die im Potsdamer Abkommen festgelegt hatten, die übermäßige wirtschaftliche Machtkonzentration Deutschlands als Rüstungs- und politischen Einflussfaktor auszuschalten.

Nun könnte man auf die hohe Bedeutung **mittelständischer Unternehmen** in Deutschland verweisen, die für eine hohe Wettbewerbsintensität sorgen. Doch zeigt sich andererseits eine hohe Kontinuität in der **Verflechtung der Großunternehmen**: Weder die Entflechtungsmaßnahmen der Alliierten noch die Schaffung eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) 1957 wie auch die Aktienrechtsnovelle 1965 haben die korporativen Strukturen in der deutschen Wirtschaft beseitigt.⁷⁷ Paradigmatisch wurde dies deutlich an der „Lex Abs“, die mit der Aktiengesetznovelle 1965 eingeführt wurde. Diese Regel ist benannt nach dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank, *Hermann Josef Abs* (1957 – 1967). Mit ihr wurde die Anzahl der Aufsichtsratsmandate, die jemand gleichzeitig innehaben darf, auf 10 begrenzt. *Abs* hatte zeitweilig mehr als 30 Aufsichtsratsmandate in anderen Großunternehmen gleichzeitig wahrgenommen. Diese intensiven Verflechtungen zwischen Großunternehmen, Banken und Versicherungen sorgten für ein enges Beziehungsnetzwerk zwischen wichtigen Teilen der gesamten Wirtschaft: Dämpfung des Wettbewerbs, Abschottung nach außen und Intransparenz gegenüber den Kapitalgebern waren prägende Eigenschaften dieses Systems, das häufig mit

⁷² B. Noll, 2010, S. 222.

⁷³ Instruktiv dazu nach wie vor H. Lampert, 1990, S. 31 ff.

⁷⁴ Zur Einordnung dieses in der Sozialdemokratie entwickelten Konzepts vgl. B. Noll, 1986, S. 52 ff. m.w.N.; H. Lampert, 1990, S. 45ff; M. von Prollius, 2006, S. 154 f.

⁷⁵ Zur konzertierten Aktion vgl. H. Berghoff, 2016, S. 242.

⁷⁶ H. Leipold, 2006, S. 258; ausführlich dazu B. Noll, 2015, S. 13 ff.

⁷⁷ eingehend B. Noll (1986): 104 ff.

wenig schmeichelhaft als „rheinischer Kapitalismus“ oder „Deutschland AG“ etikettiert wurde.⁷⁸ Erst mit der **Globalisierung** ist dieses Modell erkennbar auf dem Rückzug. Daher stellt sich am Schluss die provokative Frage: Soziale Marktwirtschaft und korporativer Kapitalismus – sind dies die Markenzeichen des deutschen Erfolgsmodells?⁷⁹

⁷⁸ Vgl. dazu B. Noll / J. Volkert / N. Zuber, 2011, S. 74 ff.; B. Noll, 2010, S. 275 ff.

⁷⁹ So W. Abelshauser, 2016, S. 4.

Literatur

Abelshauser, Werner (2001), Markt und Staat. Deutsche Wirtschaftspolitik im `langen 20. Jahrhundert', in: R. Spree (Hrsg.), Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München 2001, S. 117 – 140.

Abelshauser, Werner (2005), Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, Bonn 2005.

Abelshauser, Werner (2016), Einleitung: Der deutsche Weg der Wirtschaftspolitik, in: ders. (Hrsg.), Das Bundeswirtschaftsministerium in der Ära der Sozialen Marktwirtschaft, Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917 - 1990, Berlin / Boston 2016, S. 1 – 22.

Altrichter, Helmut / Bernecker, Walther L. (2004), Geschichte Europas im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2004.

Berger, Johannes (2012), Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, in: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138634/wirtschaftliche-entwicklung?p=all> (Abruf: 27.05.2018).

Berghoff, Harald (2016), Moderne Unternehmensgeschichte. Eine Themen- und theorieorientierte Einführung, 2. Auflage, Berlin / Boston 2016.

Blaich, Fritz (1990), Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise, 2. Auflage, München 1990.

Buchheim, Christoph (1997), Einführung in die Wirtschaftsgeschichte, München 1997.

Buchheim, Christoph (2001), Vom alten Geld zu neuem Geld. Währungsreformen im 20. Jahrhundert, in: R. Spree (Hrsg.), Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München 2001, S. 141 – 156.

Eichengreen, Barry (2007), The European Economy Since 1945, Princeton Oxford 2007.

Erhard, Ludwig (1964), Wohlstand für alle, 8. Auflage, Düsseldorf 1964.

Giersch, Herbert / Paque, Karl-Heinz / Schmieding, Holger (1992), The Fading Miracle: Four Decades of Market Economy in Germany, Cambridge 1992.

Helmstädter, Ernst (1989), Die Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland: Soziale Marktwirtschaft, in: W. Weidenfeld / H. Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949 – 1989, München Wien, S. 241 – 257.

Holtfrerich, Carl-Ludwig (2018), Wie ein amerikanischer Leutnant Ludwig Erhard half, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.05.2018, S. 16.

Hunold, Albert (1953), Geleitwort, in: ders. (Hrsg.), Wirtschaft ohne Wunder, Erlenbach-Zürich, 1953, S. 7 – 8.

Jäckel, Eberhard (1996), Das deutsche Jahrhundert: eine historische Bilanz, 3. Auflage, Stuttgart 1996.

Klump, Rainer (1993), Historische Wurzeln, in: R. Vaubel / H. D. Barbier (Hrsg.), Handbuch Marktwirtschaft, Stuttgart 1993, S. 138 – 143.

Koerfer, Daniel (o.J.), Ein schwieriges Verhältnis: Adenauer und Erhard, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft. Bilanz und Perspektive, Bonn o.J., S. 111 – 114.

Lampert, Heinz (1990), Die Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Wirtschaftspolitik, Bonn 1990, S. 31–49.

Leipold, Helmut (2006), Kulturvergleichende Institutionenökonomik, Stuttgart 2006.

Losse, Bert (2017), Die wahren Gründe des Wirtschaftswunders, Wirtschaftswoche Online, URL <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/werner-abelshauser-die-wahren-gruende-des-wirtschaftswunders/19956934.html> (Abruf: 01.10.2018).

Loth, Winfried (1990), Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939 – 1957, Göttingen 1990.

Mann, Golo (1958), Deutsche Geschichte des 19. Und 20. Jahrhunderts, Frankfurt 1958.

Metz, Rainer (2001), Expansion und Kontraktion. Das Wachstum der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, in: R. Spree (Hrsg.), Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München 2001, S. 70 – 89.

Niemann, Hans-Werner (2009), Europäische Wirtschaftsgeschichte. Vom Mittelalter bis heute, Darmstadt 2009.

Noll, Bernd (1986), Wettbewerbs- und ordnungspolitische Probleme der Konzentration, Spardorf 1986.

Noll, Bernd (1994), Wettbewerbspolitische Aspekte des Vereinigungsprozesses, in: G. Gutmann/U. Wagner (Hrsg.), Ökonomische Erfolge und Misserfolge der deutschen Vereinigung. Eine Zwischenbilanz, Stuttgart u.a. 1994, S. 77–103.

Noll, Bernd (2010), Grundriss der Wirtschaftsethik. Von der Stammesmoral zur Ethik der Globalisierung, Stuttgart 2010.

Noll, Bernd (2015), Unternehmertum und gesellschaftliche Verantwortung – eine historisch-genetische Annäherung, in: Zeitschrift für Marktwirtschaft und Ethik, Nr. 5, Ausgabe 1 / 2015, S. 3 – 39, https://www.wiwi.unimuenster.de/ioeb/sites/ioeb/files/downloads/Zeitschrift_fuer_Marktwirtschaft_und_Ethik/jme_5.pdf (Abruf: 13.10.2018).

Noll Bernd / Volkert, Jürgen / Niina Zuber (2011), Managermärkte: Wettbewerb und Zugangsbeschränkungen – Eine institutionen- und sozioökonomische Analyse, Baden-Baden 2011.

North, Michael et al. (2005), Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, 2. Auflage, München 2005.

Prollius, Michael von (2006), Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945, Göttingen 2006.

Schramm, Manuel (2018), Wirtschafts- und Sozialgeschichte Westeuropas seit 1945, Wien u.a. 2018.

Spoerer, Marc / Streb, Jochen (2013), Neue deutsche Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 2013.

Staritz, Dietrich (1989), Zur Geschichte der DDR, in: W. Weidenfeld / H. Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949 – 1989, München Wien, S. 69 – 85.

Thiemeyer, Guido (2016), Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Westbindung und europäischer Hegemonie, Stuttgart 2016.

Walter, Rolf (1995), Wirtschaftsgeschichte. Vom Merkantilismus bis zur Gegenwart, Köln u.a. 1995.

Wehler, Hans-Ulrich (2008), Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bundesrepublik und DDR 1949 – 1990, Bd. 5, München 2008.

Winkel, Harald (1974), Die Wirtschaft im geteilten Deutschland 1945 – 1970, Wiesbaden 1974.

Verzeichnis der bisher erschienenen Beiträge

- | | |
|---|---|
| <p>52. Werner Pepels Aug. 1990
Integrierte Kommunikation</p> <p>53. Martin Dettinger-Klemm Aug. 1990
Grenzen der Wissenschaftsfreiheit. Überlegungen zum Thema: Freiheit und Verantwortung des Wissenschaftlers</p> <p>54. Werner Pepels Sept. 1990
Mediaplanung – Über den Einsatz von Werbegeldern in Medien</p> <p>55. Dieter Pflaum Sept. 1990
Werbeausbildung und Werbemöglichkeiten in der DDR</p> <p>56. Rudi Kurz (Hrsg.) Nov. 1990
Ökologische Unternehmensführung – Herausforderung und Chance</p> <p>57. Werner Pepels Jan. 1991
Verkaufsförderung – Versuch einer Systematisierung</p> <p>58. Rupert Huth, Ulrich Wagner (Hrsg.) Aug. 1991
Volks- und betriebswirtschaftliche Abhandlungen. Prof. Dr. Dr. h.c. Tibor Karpáti (Universität Osijek in Kroatien) zum siebzigsten Geburtstag. Mit einem Vorwort von R. Huth und Beiträgen von H.-J. Hof, H. Löffler, D. Pflaum, B. Runzheimer und U. Wagner</p> <p>59. Hartmut Eisenmann Okt. 1991
Dokumentation über die Tätigkeit einer Industrie- und Handelskammer – Dargestellt am Beispiel der IHK Nordschwarzwald</p> <p>60. Ursula Hoffmann-Lange Dez. 1991
Eliten und Demokratie: Unvereinbarkeit oder notwendiges Spannungsverhältnis?</p> <p>61. Werner Pepels Dez. 1991
Elemente der Verkaufsgesprächsführung</p> <p>62. Wolfgang Berger Dez. 1991
Qualifikationen und Kompetenzen eines Europa-managers</p> <p>63. Günter Staub Jan. 1992
Der Begriff „Made in Germany“ – Seine Beurteilungskriterien</p> <p>64. Martin W. Knöll, Hieronymus M. Lorenz Mai 1992
Gegenstandsbereich und Instrumente der Organisationsdiagnose im Rahmen von Organisationsentwicklungs (OE)-Maßnahmen</p> <p>65. Werner Lachmann Juni 1992
Ethikversagen – Marktversagen</p> <p>66. Paul Banfield Juni 1993
Observations On The Use Of Science As A Source Of Legitimation In Personnel Management</p> <p>67. Bernd Noll Aug. 1993
Gemeinwohl und Eigennutz. Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft – Anmerkungen zur gleichnamigen Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland aus dem Jahre 1991</p> <p>68. Siegfried Kreutzer, Regina Moczdlo Aug. 1993
Die Entdeckung der Wirklichkeit – Integrierte Projektstudien in der Hochschulausbildung</p> | <p>69. Sybil Gräfin Schönfeldt Aug. 1993
Von Menschen und Manieren. Über den Wandel des sozialen Verhaltens in unserer Zeit. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Hochschule Pforzheim, Wintersemester 1992/93</p> <p>70. Hartmut Löffler Dez. 1993
Geld- und währungspolitische Grundsatzüberlegungen für ein Land auf dem Weg zur Marktwirtschaft – Das Beispiel Kroatien</p> <p>71. Hans-Georg Köglmayr, Kurt H. Porkert Nov. 1994
Festlegen und ausführen von Geschäftsprozessen mit Hilfe von SAP-Software</p> <p>72. Alexa Mohl Febr. 1995
NLP-Methode zwischen Zauberei und Wissenschaft. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Hochschule Pforzheim, Wintersemester 1994/95</p> <p>73. Bernd Noll Mai 1995
Marktwirtschaft und Gerechtigkeit: Anmerkungen zu einer langen Debatte</p> <p>74. Rudi Kurz, Rolf-Werner Weber Nov. 1995
Ökobilanz der Hochschule Pforzheim. 2. geänderte Auflage, Jan. 1996</p> <p>75. Hans Lenk Mai 1996
Fairneß in Sport und Wirtschaft. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Hochschule Pforzheim, Wintersemester 1995/96</p> <p>76. Barbara Burkhardt-Reich, Hans-Joachim Hof, Bernd Noll Juni 1996
Herausforderungen an die Sozialstaatlichkeit der Bundesrepublik</p> <p>77. Helmut Wienert März 1997
Perspektiven der Weltstahlindustrie und einige Konsequenzen für den Anlagenbau</p> <p>78. Norbert Jost Mai 1997
Innovative Ingenieur-Werkstoffe</p> <p>79. Rudi Kurz, Christoph Hubig, Ortwin Renn, Hans Diefenbacher Sept. 1997
Ansprüche in der Gegenwart zu Lasten der Lebenschancen zukünftiger Generationen</p> <p>80. Björn Engholm Okt. 1997
Ökonomie und Ästhetik. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Hochschule Pforzheim, Wintersemester 1996/97. 2. geänderte Auflage. Jan. 1998</p> <p>81. Lutz Goertz Sept. 1998
Multimedia quo vadis? – Wirkungen, Chancen, Gefahren. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Fachhochschule Pforzheim, Wintersemester 1996/97</p> <p>82. Eckhard Keßler Nov. 1998
Der Humanismus und die Entstehung der modernen Wissenschaft. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Hochschule Pforzheim, Wintersemester 1996/97</p> <p>83. Heinrich Hornef Febr. 1998
Aufbau Ost – Eine Herausforderung für Politik und Wirtschaft. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Fachhochschule Pforzheim, Wintersemester 1997/98</p> |
|---|---|

Verzeichnis der bisher erschienenen Beiträge

84. **Helmut Wienert** Juli 1998
50 Jahre Soziale Marktwirtschaft – Auslaufmodell oder Zukunftskonzept? Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Hochschule Pforzheim, Sommersemester 1998
85. **Bernd Noll** Sept. 1998
Die Gesetzliche Rentenversicherung in der Krise
86. **Hartmut Löffler** Jan. 1999
Geldpolitische Konzeptionen - Alternativen für die Europäische Zentralbank und für die Kroatische Nationalbank
87. **Erich Hoppmann** Juni 1999
Globalisierung. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Hochschule Pforzheim, Sommersemester 1999
88. **Helmut Wienert (Hrsg.)** Dez. 1999
Wettbewerbspolitische und strukturelle Konsequenzen der Globalisierung. Mit Beiträgen von Hartmut Löffler und Bernd Noll
89. **Ansgar Häfner u.a. (Hrsg.)** Jan. 2000
Konsequenzen der Globalisierung für das internationale Marketing. Mit Beiträgen von Dieter Pflaum und Klaus-Peter Reuthal
90. **Ulrich Wagner** Febr. 2000
Reform des Tarifvertragsrechts und Änderung der Verhaltensweisen der Tarifpartner als Voraussetzungen für eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
91. **Helmut Wienert** April 2000
Probleme des sektoralen und regionalen Wandels am Beispiel des Ruhrgebiets
92. **Barbara Burkhardt-Reich** Nov. 2000
Der Blick über den Tellerrand – Zur Konzeption und Durchführung eines „Studium Generale“ an Fachhochschulen
93. **Helmut Wienert** Dez. 2000
Konjunktur in Deutschland - Zur Einschätzung der Lage durch den Sachverständigenrat im Jahresgutachten 2000/2001
94. **Jürgen Wertheimer** Febr. 2001
Geklonte Dummheit: Der infantile Menschenpark. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Hochschule Pforzheim, Wintersemester 2000/01
95. **Konrad Zerr** März 2001
Erscheinungsformen des Online-Research – Klassifikation und kritische Betrachtung
96. **Daniela Kirchner** April 2001
Theorie und praktische Umsetzung eines Risikomanagementsystems nach KontraG am Beispiel einer mittelständischen Versicherung
97. **Bernd Noll** Mai 2001
Die EU-Kommission als Hüterin des Wettbewerbs und Kontrolleur von sektoralen und regionalen Beihilfen

Peter Frankenfeld
EU Regionalpolitik und Konsequenzen der Osterweiterung
98. **Hans Joachim Grupp** Juni 2001
Prozessuale Probleme bei Beschlussmängelstreitigkeiten in Personengesellschaften
99. **Norbert Jost (Hrsg.)** Juli 2001
Technik Forum 2000: Prozessinnovationen bei der Herstellung kaltgewalzter Drähte. Mit Beiträgen von

Peter Kern, Wilhelm Bauer, Rolf Ilg; Heiko Dreyer; Johannes Wößner und Rainer Menge
100. **Urban Bacher, Mikolaj Specht** Dez. 2001
Optionen – Grundlagen, Funktionsweisen und deren professioneller Einsatz im Bankgeschäft
101. **Constanze Oberle** Okt. 2001
Chancen, Risiken und Grenzen des M-Commerce
102. **Ulrich Wagner** Jan. 2002
Beschäftigungshemmende Reformstaus und wie man sie auflösen könnte
Jürgen Volkert
Flexibilisierung durch Kombi-Einkommen? Die Perspektive der Neuen Politischen Ökonomie
103. **Mario Schmidt, René Keil** März 2002
Stoffstromnetze und ihre Nutzung für mehr Kostentransparenz sowie die Analyse der Umweltwirkung betrieblicher Stoffströme
104. **Kurt Porkert** Mai 2002
Web-Services – mehr als eine neue Illusion?
105. **Helmut Wienert** Juni 2002
Der internationale Warenhandel im Spiegel von Handelsmatrizen
106. **Robert Wessolly, Helmut Wienert** Aug. 2002
Die argentinische Währungskrise
107. **Roland Wahl (Hrsg.)** Sept. 2002
Technik-Forum 2001: Weiterentwicklungen an Umformwerkzeugen und Walzdrähten. Mit Beiträgen von Roland Wahl, Thomas Dolny u.a., Heiko Pinkawa, Rainer Menge und Helmut Wienert
108. **Thomas Gulden** April 2003
Risikoberichterstattung in den Geschäftsberichten der deutschen Automobilindustrie
109. **Günter Altner** Mai 2003
Lasset uns Menschen machen – Der biotechnische Fortschritt zwischen Manipulation und Therapie. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Hochschule Pforzheim, Sommersemester 2003
110. **Norbert Jost (Hrsg.)** Juni 2003
Technik-Forum 2002: Innovative Verfahren zur Materialoptimierung. Mit Beiträgen von Norbert Jost, Sascha Kunz, Rainer Menge/Ursula Christian und Berthold Leibinger
111. **Christoph Wüterich** Februar 2004
Professionalisierung und Doping im Sport. Vortrag gehalten im Rahmen des Studium Generale der Hochschule Pforzheim, Sommersemester 2003
112. **Sabine Schmidt** Mai 2004
Korruption in Unternehmen – Typologie und Prävention
113. **Helmut Wienert** August 2004
Lohn, Zins, Preise und Beschäftigung – Eine empirische Analyse gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge in Deutschland
114. **Roland Wahl (Hrsg.)** Sept. 2004
Technik-Forum 2003: Materialentwicklung für die Kaltumformtechnik. Mit Beiträgen von Andreas Baum, Ursula Christian, Steffen Nowotny, Norbert Jost, Rainer Menge und Hans-Eberhard Koch
115. **Dirk Wenzel** Nov. 2004
The European Legislation on the New Media: An Appropriate Framework for the Information Economy?

Verzeichnis der bisher erschienenen Beiträge

116. **Frank Morelli, Alexander Mekyska, Stefan Mühlberger** Dez. 2004
Produkt- und prozessorientiertes Controlling als Instrument eines erfolgreichen Informationstechnologie-Managements
117. **Stephan Thesmann, Martin Frick, Dominik Konrad** Dez. 2004
E-Learning an der Hochschule Pforzheim
118. **Norbert Jost (Hrsg.)** Juni 2005
Technik-Forum 2004: Innovative Werkstoffaspekte und Laserbehandlungstechnologien für Werkzeuge der Umformtechnik
119. **Rainer Gildeggen** Juni 2005
Internationale Produkthaftung
120. **Helmut Wienert** Oktober 2005
Qualifikationsspezifische Einkommensunterschiede in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung von Universitäts- und Fachhochschulabsolventen
121. **Andreas Beisswenger, Bernd Noll** Nov. 2005
Ethik in der Unternehmensberatung – ein verminntes Gelände?
122. **Helmut Wienert** Juli 2006
Wie lohnend ist Lernen? Ertragsraten und Kapitalendwerte von unterschiedlichen Bildungswegen
123. **Roland Wahl (Hrsg.)** Sept. 2006
Technik-Forum 2005: Umformwerkzeuge - Anforderungen und neue Anwendungen. Mit Beiträgen von Edmund Böhm, Eckhard Meiners, Andreas Baum, Ursula Christian und Jörg Menno Harms
124. **Mario Schmidt** Dez. 2006
Der Einsatz von Sankey-Diagrammen im Stoffstrommanagement
125. **Norbert Jost (Hrsg.)** Okt. 2007
Technik-Forum 2006: Innovative neue Techniken für Werkzeuge der Kaltverformung. Mit Beiträgen von Franz Wendl, Horst Bürkle, Rainer Menge, Michael Schiller, Andreas Baum, Ursula Christian, Manfred Moik und Erwin Staudt.
126. **Roland Wahl (Hrsg.)** Okt. 2008
Technik-Forum 2007: Fortschrittsberichte und Umfeldbetrachtungen zur Entwicklung verschleißreduzierter Umformwerkzeuge. Mit Beiträgen von Klaus Löffler, Andreas Zilly, Andreas Baum und Paul Kirchhoff.
127. **Julia Tokai, Christa Wehner** Okt. 2008
Konzept und Resultate einer Online-Befragung von Marketing-Professoren an deutschen Fachhochschulen zum Bologna-Prozess
128. **Thomas Cleff, Lisa Luppold, Gabriele Naderer, Jürgen Volkert** Dez. 2008
Tätermotivation in der Wirtschaftskriminalität
129. **Frank Thuselt** Juni 2009
Das Arbeiten mit Numerik-Programmen. MATLAB, Scilab und Octave in der Anwendung.
130. **Helmut Wienert** August 2009
Wachstumsmotor Industrie? Zur Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts
131. **Sebastian Schulz** Sept. 2009
Nutzung thermodynamischer Datensätze zur Simulation von Werkstoffgefügen (aus der Reihe „Focus Werkstoffe“, Hrsg. Norbert Jost).
132. **Hanno Beck; Kirsten Wüst** Sept. 2009
Gescheiterte Diäten, Wucherzinsen und Wartepremien: Die neue ökonomische Theorie der Zeit.
133. **Helmut Wienert** Sept. 2009
Was riet der Rat? Eine kommentierte Zusammenstellung von Aussagen des Sachverständigenrats zur Regulierung der Finanzmärkte und zugleich eine Chronik der Entstehung der Krise
134. **Norbert Jost (Hrsg.): Technik-Forum 2008**
Werkstoffe und Technologien zur Kaltverformung
135. **Frank Morelli** Januar 2010
Geschäftsprozessmodellierung ist tot – lang lebe die Geschäftsprozessmodellierung!
136. **T. Cleff, L. Fischer, C. Sepúlveda, N. Walter** Januar 2010
How global are global brands? An empirical brand equity analysis
137. **Kim Neuer** Juni 2010
Achieving Lisbon – The EU's R&D Challenge The role of the public sector and implications of US best practice on regional policymaking in Europe
138. **Bernd Noll** Sept. 2010
Zehn Thesen zur Corporate Governance
139. **Pforzheim University** März 2011
Communication on progress. PRME Report 2008
140. **Rainer Maurer** März 2011
Unternehmensverantwortung für soziale und ökologische Nachhaltigkeit – darf man auch anderer Meinung sein? Einige kritische Anmerkungen zum PRME-Report der Hochschule
140. **Rainer Maurer** März 2011
Unternehmensverantwortung für soziale und ökologische Nachhaltigkeit – darf man auch anderer Meinung sein? Einige kritische Anmerkungen zum PRME-Report der Hochschule
141. **Barbara Reeb, Malte Krome** Okt. 2011
Arm trotz Arbeit? Zum Für und Wider von Mindestlöhnen
142. **Daniel Wyn Müller** Mai 2012
Titanschäume als Knochenimplantat (aus der Reihe „Focus Werkstoffe“, Hrsg. Norbert Jost).
143. **Alexander Martin Matz, Norbert Jost** Mai 2012
Fouling an offenporigen zellulären Werkstoffen auf Al-Basis unter beheizten wässrigen Bedingungen (aus der Reihe „Focus Werkstoffe“, Hrsg. Norbert Jost).
144. **Norbert Jost, Roman Klink (Hrsg.)** Sept. 2012
Tagungsband zum 1. Pforzheimer Werkstofftag
145. **Norbert Jost, Roman Klink (Hrsg.)** Sept. 2012
Tagungsband zum 2. Pforzheimer Werkstofftag. Aus der Reihe „Leichtbau“, Hrsg.: N. Jost, R. Klink.
146. **Helmut Wienert** Febr. 2014
Zur Entwicklung der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (Fachhochschulen) in Deutschland
147. **Jürgen Antony** April 2014
Technical Change and the Elasticity of Factor Substitution
148. **Stephanie Görlach** April 2014
Ressourceneffizienz in Deutschland
149. **Norbert Jost (Hrsg.)** Sept. 2014

Verzeichnis der bisher erschienenen Beiträge

- | | |
|--|---|
| <p>Focus Werkstoffe. Tagungsband zum 3. Pforzheimer Werkstofftag</p> <p>150. Bernd Noll Aug. 2014
Unternehmenskulturen – entscheidender Ansatzpunkt für wirtschaftsethisches Handeln?</p> <p>151. Human Resources Competence Center April 2015
50 Jahre Personalmanagement an Der Hochschule- Jubiläumsband</p> <p>152. Rainer Maurer Mai 2015
Auf dem Weg zur weltanschaulichen Bekenntnisschule: Das wirtschaftspolitische Leitbild der Hochschule Pforzheim</p> <p>153. Norbert Jost (Hrsg.) Okt. 2015
Tagungsband Pforzheimer Werkstofftag</p> <p>154. Jessica Elena Balzer Nov. 2015
Spielen mit guten Gewissen: Ein Vorschlag zur Zertifizierung der deutschen Spielwarenindustrie und ein Schritt näher zum Schachmatt des Greenwashing</p> <p>155. Jaqueline Paasche Jan. 2016
Kopieren, transformieren, kombinieren – Ideenklau und Plagiarismus in der Werbung</p> <p>156. Vanessa Zeiler Jan. 2016
Mobile User Experience – Der Einfluss von kognitivem Entertainment auf die Nutzung mobiler Anwendungen</p> <p>157. Mario Kotzab, Maximilian Pflug Jan. 2016
Das bedingungslose Grundeinkommen</p> <p>158. Marco C. Melle Jan 2016
Harmonisierung der heterogenen Unternehmenssteuern in Europa? Plädoyer für einen Mittelweg</p> <p>159. Klaus Möller, Julian Gabel, Frank Bertagnolli Aug. 2016
fischer Befestigungssysteme: Change Management in der Distributionslogistik – eine Fallstudie</p> <p>160. Klaus Möller, Julian Gabel, Frank Bertagnolli Aug. 2016
fischer Befestigungssysteme: Change Management in der Distributionslogistik – eine Fallstudie</p> <p>161. Wolfgang Heinz Nov. 2016
Die Ethik des Strafens</p> <p>162. Norbert Jost, Simon Kött (Hrsg.) Okt. 2016
Pforzheimer Werkstofftag 2016</p> <p>163. Bettina C.K. Binder
Kennzahlenmanagement und –controlling Prozessorientiertes Performance Management in internationalen Unternehmen</p> <p>164. Stefan Walz, Jonas Tritschler, Reinhard Rupp
Erweitertes Management Reporting mit SAP S/4HANA auf Basis des Universal Journals</p> <p>165. Simone Harriehausen
Wenn ich zwanzig Ziegen will und Du mir keine geben magst – Ein Überblick über die Möglichkeiten und Methoden der Streitbeilegung</p> | <p>166. Norbert Jost, Simon Kött (Hrsg.) Okt. 2017
Pforzheimer Werkstofftag 2017</p> <p>167. Helmut Wienert Dez. 2017
Pforzheim: Alles Schmuckstadt – oder was?</p> <p>168. Norbert Jost (Hrsg.) Nov. 2018
Pforzheimer Werkstofftag 2018</p> |
|--|---|